

Den Bundesrat umbauen

FÜHRUNGSREFORM / Zwei Drittel der Ständeräte verlangen eine rasche Regierungs- und Parlamentsreform. Der Freisinnige René Rhinow erklärt, mit dem heutigen System könne das Land in einer Zeit permanenter Halbkrise nicht geführt werden.

RICHARD ASCHINGER

Eine Institution könne sich schwer selbst reformieren. Aus diesem Grunde müsse das Parlament die Reorganisation des Bundesrates an die Hand nehmen, erklärt der Thurgauer Sozialdemokrat Thomas Onken, der als eines von 34 Mitgliedern die parlamentarische Initiative des freisinnigen Baselbieters René Rhinow unterzeichnet hat. Angesichts der offensichtlichen Führungsschwäche müsse das Parlament nötigenfalls auch gegen Widerstände der Regierung aktiv werden, sagte Onken dem «Bund». Die parlamentarische Initiative wurde von Mitgliedern aller vertretenen Parteien unterzeichnet, darunter auch von den beiden Bernern Christine Beerli (fdp) und Ulrich Zimmerli (svp).

Bundesrat überfordert

Die Staatsleitung der Schweiz sei heute überfordert, erklärt der Staatsrechtsprofessor Rhinow, der die parlamentarische Initiative lanciert hat. Als neuestes Beispiel nennen er und Onken übereinstimmend die unbefriedigende Bewältigung der Auseinandersetzung um die Rolle der Schweiz während der Nazi-Zeit.

Der Bundesrat schiebe wichtige Probleme vor sich hin, was nicht an den Personen liege, sondern am System. «Die Schweiz hat heute nicht schlechtere Bundesräte als früher. Aber die Anforderungen sind gewaltig gestiegen.»

An Totalrevision andocken

Rhinows Vorstoss will die Reorganisation der Staatsleitung als drittes Reformpaket an die vom Bundesrat eingeleitete Totalrevision der Bundesverfassung andocken. Die Verfassungsvorlage, die neben einer Nachführung des bisherigen Grundrechts je ein Reformpaket im Bereich der Volksrechte und der Neuorganisation der Bundesjustiz anstrebt, befindet sich in der Kommissionsberatung im Parlament. Rhinow will

die Reform der Staatsleitung jetzt einleiten. Sie soll aber erst nach der Nachführung der Verfassung und den beiden ersten Reformpaketen zur Entscheidung kommen.

Erneuerter Kollegialsystem ...

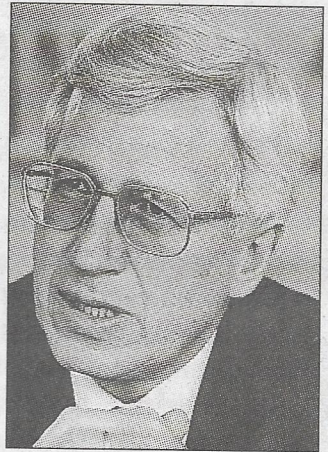
In welcher Richtung die Reform gehen soll, wird in der Initiative nicht vorgespurt. Das ist ein Grund dafür, dass sie im Ständerat auf breiteste Unterstützung stösst. Im Initiativtext stellt Rhinow lediglich fest, die Reform müsse nicht nur den Bundesrat neu organisieren, sondern auch das Verhältnis von Regierung und Parlament. Im Gespräch beschreibt der Baselbieter Rechtsprofessor grundsätzlich zwei mögliche Wege:

■ Eine Weiterentwicklung des Kollegialsystems mit einem auf fünf Mitglieder verkleinerten Bundesrat, ergänzt durch ein grösseres Kabinett von Ministern, die die Departemente führen. Befreit von Verwaltungsaufgaben erhielte die Regierung so Freiraum für strategische Führungsaufgaben.

... oder helvetisiertes Kabinett

■ Ein Wechsel zu einer parlamentarischen System angelehnten Organisationsstruktur mit einem Kabinett von elf bis fünfzehn Ministern, das von einem Ministerpräsidenten oder, in einer schweizerischen Adaption, von einem Triumvirat mit Vertretern der Landesteile geführt würde.

Ziel seiner parlamentarischen Initiative sei es, eine Reform der Regierungsorganisation unverzüglich einzuleiten, damit in zwei bis drei Jahren Entscheide getroffen werden könnten, sagt Rhinow. Der Bundesrat habe mit den Staatssekretären eine erste Etappe einer Reorganisation realisieren wollen und später in einer zweiten Phase eine umfassendere Reform geplant. Nach der Ablehnung der Staatssekretär-Vorlage in der Volksabstimmung stehe man jetzt vor einer anderen Situation. Beim Bundesrat fehle



Ständerat René Rhinow

KEY

aber offenbar der Mut und die Zeit, diese wichtige Reformaufgabe jetzt an die Hand zu nehmen.

Koller, nicht begeistert

Justizminister Arnold Koller, der das Projekt der Totalrevision der Bundesverfassung leitet, wurde vorgängig über die parlamentarische Initiative orientiert. Dem Vernehmen nach ist er nicht begeistert. Im Justizministerium wird betont, die Nachführung der Verfassung, die Reform der Volksrechte und der Justiz hätten jetzt Priorität. Das jetzt vom Parlament lancierte Projekt der Reform der Staatsleitung dürfe die bereits laufenden Reformprojekte nicht verzögern. Im Bereich der Regierung seien Funktionsverbesserungen zunächst auf Gesetzesstufe zu erreichen.

Was wäre mehrheitsfähig?

Schliesslich wagt man im EJPD die Prognose, dass trotz dem jetzt im Ständerat demonstrierten Reformwillen in einer forcierten Reform der Staatsleitung nur die einfachste Lösung mit einer Aufstockung des Bundesrates und einem verstärkten Präsidium mehrheitsfähig wäre. Im Justizministerium zeigt man sich nicht überzeugt, dass die Führungsprobleme des Landes auf diesem Weg gelöst würden.